

Mietverzicht stößt auch auf Skepsis

Künstler besorgt, Grüne tadeln.

Künstlerinnen und Künstler der Freien Szene haben sich in einem Appell an den Gemeinderat gewandt. Dabei geht es um den Vorschlag einiger Fraktionen, dem SWR-Sinfonieorchester die Miete fürs Konzerthaus zu erlassen; das Orchester würde dadurch rund 340 000 Euro sparen. In dem Appell heißt es: "Wir sind unbedingt für den Erhalt des SWR-Orchesters und würdigen seine Bedeutung für das Kulturleben. Aber dieser Erhalt muss auf Landes- und Bundesebene diskutiert werden. Die Stadt Freiburg trägt die Verantwortung für ein gesamtkulturpolitisches Konzept und kann nicht einfach jährlich auf 340000 Euro verzichten, ohne transparent zu machen, von welchem Etat dieses Geld dann abgezweigt wird."

Bislang haben sich rund 40 Künstler dem Aufruf angeschlossen. Initiator ist der Musiker Peter Kleindienst. Auf BZ-Anfrage sagte er: "Wir machen keinesfalls Front gegen das Orchester. Aber die SWR-Orchestermusiker sind sozial abgesichert, auch bei einer Fusion. Dagegen ist die Situation freier Künstler schon seit langem deprimierend – immer weniger Auftrittsmöglichkeiten, immer weniger Geld für Projekte." Deshalb müsse die Stadt die gesamte Kulturpolitik fördern.

Auf die Forderung von CDU, SPD und FDP zum Mietverzicht hat auch Maria Viethen, Fraktionsvorsitzende der Grünen, skeptisch reagiert. Es scheine sich "eine Art Wettlauf zu entwickeln, welche Fraktion oder Gruppierung am schnellsten und am weitestgehenden bereit ist, dem Drängen des Freundeskreises zu entsprechen". Sie sei sich mit Karl-Reinhard Volz vom Freundeskreis des SWR-Sinfonieorchesters einig, dass es nicht die Aufgabe der Stadt oder des Landes sei, einen Rundfunksender zu subventionieren. Man könne aber einen Dritten unterstützen, der zum Beispiel Jugendarbeit unterstützt. Viethen: "Eine finanzielle Zusage der Stadt kann und soll deshalb an solche Vorgaben gekoppelt werden, was Sie mit Ihrem wahlkampfaktisch motivierten Vorstoß leichtfertig preisgeben." Die Fraktion der Grünen werde ein Signal des Gemeinderates "selbstverständlich mittragen", doch wäre es, so Viethen, besser gewesen, den Schulterschluss mit dem gesamten Gemeinderat zu suchen.

Veröffentlicht in der gedruckten Ausgabe der Badischen Zeitung.
von: Simone Lutz